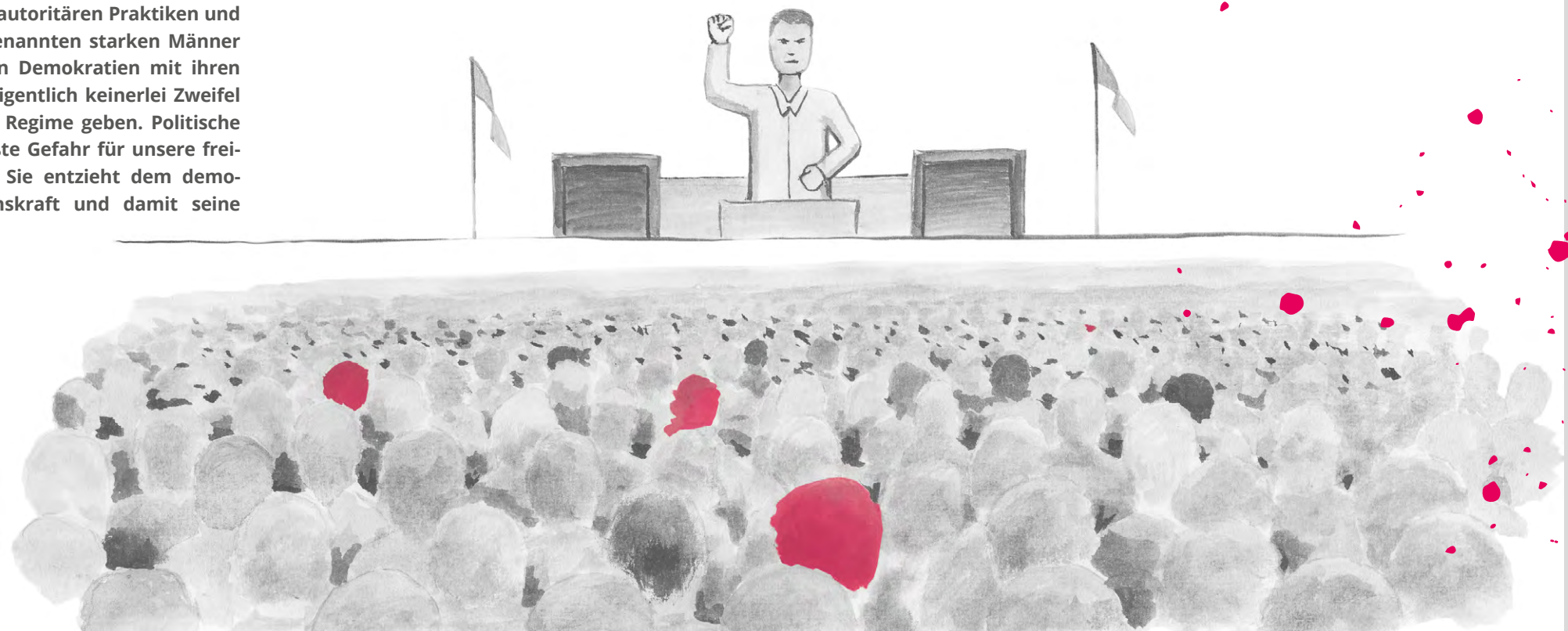


Selbstzweifel und autoritäre Verlockungen

Die Sehnsucht nach dem starken Mann

Simon Backovsky

Nicht selten wird auch hierzulande mit autoritären Praktiken und den vermeintlichen Vorzügen der so genannten starken Männer geliebäugelt. Dabei dürfte es gerade in Demokratien mit ihren „offenen“ Informationsgesellschaften eigentlich keinerlei Zweifel im Hinblick auf das Wesen autoritärer Regime geben. Politische Ignoranz ist insofern die vielleicht größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie entzieht dem demokratischen Gemeinwesen seine Lebenskraft und damit seine Existenzgrundlage.



Hinterher wollten sie von ihrer Bewunderung am liebsten nichts mehr wissen, die Le Pens, Salvini und Orbans, die Wladimir Putin bis zu seinem Angriff auf die Ukraine bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit hofiert und zum Prototypen des „starken Mannes“ stilisiert hatten, den auch Europa so dringend nötig habe. Die von Putin angezettelten Gräueltaten in der Ukraine werfen jedenfalls ein grelles Schlaglicht auf das befremdliche Liebäugeln mit vermeintlich starken Führergestalten nicht nur in rechtspopulistischen Führungszirkeln, sondern durchaus auch in der Mitte liberaler Gesellschaften.⁶³ Dabei dürfte es im Hinblick auf das Wesen autoritärer Regime insbesondere in Demokratien und deren offenen Informationsgesellschaften eigentlich keinerlei Zweifel geben. Hier ist das menschenverachtende Wesen autoritärer Herrschaft in unzähligen Unterrichtsstunden, Zeitungsartikeln, wissenschaftlichen Abhandlungen und Talkshows akribisch dokumentiert und analysiert worden. Dass die Lebensrealität in den 57 Ländern, die der *Democracy Index* aktuell als „authoritarian regimes“ auflistet, von Korruption, rechtlicher Willkür sowie einem politischen, sozialen und kulturellen Atavismus geprägt ist, dürfte hier also wahrlich kein Geheimnis sein – anders als in autoritären Regimen selbst, wo sich die in vielen Fällen verblüffend hohe öffentliche Akzeptanz der jeweiligen politischen Führung zumindest zum Teil durch das staatliche Meinungs- und Informationsmonopol erklären lässt. Warum also wird auch in freiheitlichen Demokratien immer wieder mit autoritären Tendenzen geliebäugelt? Woher kommt die Sehnsucht nach einem „starken Führer“? Warum finden auch hier Kräfte Unterstützung, die einen Umbau der Gesellschaft hin zu autoritären oder gar totalitären Herrschaftsformen anstreben?

Flucht vor der Freiheit

Die Frage nach der Anziehungskraft des Autoritarismus rückte im 20. Jahrhundert angesichts des Aufkommens moderner Parteidiktaturen sowie der traumatischen Erfahrung von zwei Weltkriegen und der Shoah in den Fokus der Forschung. Die klassischen Arbeiten von Erich Fromm, Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno führten die öffentliche Unterstützung für faschistische und totalitäre Diktaturen vorrangig auf individualpsychologische Faktoren im Kontext des Aufkommens von industrialisierten kapitalistischen Massengesellschaften zurück: Demnach traten die durch Modernisierung und Krieg entwurzelten, orientierungslosen Menschen angesichts der Unsicherheiten ihrer Zeit „die Flucht vor der Freiheit“ (Erich Fromm) an und suchten ihr Heil unter anderem bei charismatischen Führern und ihren eschatologischen Erzählungen von Stärke, Ordnung und Gemeinschaft. Zudem begünstigte der zeitgemäße punitive Erziehungsstil der „starken Väter“ die Verbreitung eines Charaktertypus, der sich durch Minderwertigkeitskomplexe, rigides Festhalten an Normen und Konventionen, Intoleranz, Machtorientierung und Zynismus auszeichnete. Während aus Sicht der frühen Autoritarismus-Forschung die Masse an

verunsicherten Individuen zum Nährboden der modernen Diktaturen wurde, so war der sadomasochistisch veranlagte „autoritäre Charakter“⁶⁴ (Fromm, Adorno) ihr tragender Akteur.

Angst vor Veränderung

Der auf Freudschen psychoanalytischen Denkfiguren basierende Erklärungsansatz der *authoritarian personality* gilt zwar als überholt. Allerdings bestätigt die aktuelle Forschung, dass die Ursachen des Autoritarismus im Nexus von individuellen Eigenschaften und gesellschaftlichen Begebenheiten zu verorten sind: Autoritäre Einstellungen in Gestalt von Fremdenfeindlichkeit, Sexismus oder Antisemitismus sind keineswegs das Symptom einer selten anzutreffenden Persönlichkeitsstörung, sondern angeborene oder durch soziales Lernen erworbene Persönlichkeitsmerkmale, die bei circa 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung empirisch feststellbar sind. Diese Haltungen sind in jeder Demokratie zunächst latent vorhanden. Sie werden erst durch wirtschaftliche, politische und kulturelle Krisen aktiviert, die (insbesondere durch das Framing von Populismus und Medien) von der Öffentlichkeit als kollektive Erlebnisse vom gesellschaftlichen Verfall sowie Kontroll- und/oder Statusverlust wahrgenommen werden.

In der neuesten Forschung setzt sich hierbei die Ansicht durch, dass für die Aktivierung des autoritären Potenzials weniger ökonomische Schief lagen und vielmehr Empfindungen von soziokultureller Gefährdung entscheidend sind. Demnach bilden das Bedürfnis nach Homogenität und Einheitlichkeit – und seine „Kehrseite“ kulturelle, politische und soziale Intoleranz – den wahren Kern von autoritären Einstellungen. Da die Ablehnung der Vielfalt das Markenzeichen des Autoritären ist, werden insbesondere diejenigen Entwicklungen und Krisen zu Katalysatoren antidemokratischen Protests, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die bestehende soziale Ordnung unter Druck setzen. Der Autoritarismus erscheint daher primär als ein Reflex auf den gefühlten Bedeutungsverlust der eigenen Nation im globalen Wettbewerb, auf die Bedrohung der Traditionen und Moral der eigenen Lebenswelt durch Einwanderung, Multikulturalismus oder den „Gender-Wahn“ – generell auf die steigende Mannigfaltigkeit, Komplexität und Beschleunigung der digitalisierten globalisierten Welt.

Autoritäre Eliten

Natürlich dürfen materielle Ursachen autoritärer Einstellungen nicht außer Acht gelassen werden: Erfahrungen von wirtschaftlicher Benachteiligung oder physischer Bedrohung, die mit Verteilungsgungerechtigkeit oder Leistungsschwächen demokratischer Institutionen in Verbindung gebracht werden,⁶⁵ dienen als wichtige Heuristiken, die zur Ablehnung des demokratischen Systems *per se* führen können. In diesem Zusammenhang verstärken geringer Bildungsgrad und fehlende Fähigkeit zum differenzierten Denken die Gefahr, dass die schwarz-weißen Wirklichkeitsdarstellungen des Populismus übernommen werden.

Die Grenzen der populären ökonomischen Erklärungen, die den Autoritarismus lediglich als eine Abwehrreaktion der schlechter gestellten und weniger gebildeten „Verlierer“ der Globalisierung porträtieren, werden jedoch mit Blick auf die demokratieskeptische Haltung eines Teils der besserverdienenden, hochgebildeten Bürgerinnen und Bürger deutlich. Die Frage nach den Ursachen der Demokratiefeindlichkeit eines Teils der gesellschaftlichen „Gewinner“ ist insofern von entscheidender Bedeutung, da die Autokraten auf diese Personengruppe in den Medien, dem Rechtswesen, der Zivilgesellschaft oder Bildung und Forschung bei der Formulierung, Legitimierung und Verbreitung ihrer Botschaften sowie bei der Organisation und Mobilisierung ihrer Wahlunterstützung angewiesen sind. Die Historikerin Anne Applebaum liefert mit ihrer Betrachtung der Fälle Ungarn, Polen, Vereinigte Staaten und Großbritannien eine viel beachtete Erklärung des Phänomens: Aus Applebaums Sicht gründet die autoritäre Versuchung der intellektuellen Eliten grenzüberschreitend in einer Vielfalt von bereits gut erforschten Faktoren, die sich allerdings durch drei zusammenhängende Tendenzen zusammenfassen lassen.

Erstens: *Opportunismus*. Manche Personen sehen die Ursache für die ausbleibende Anerkennung ihrer Lebensleistung vorrangig in den Ungerechtigkeiten und Heucheleien des aktuellen Systems. Dies verleitet sie zu einer zynischen Haltung, wonach die Aufgabe der freiheitlich-demokratischen Werte und ein Tausch der eigenen Loyalität gegen Status, finanzielle Belohnung und Machtzugewinne als legitime Praxis des gesellschaftlichen Fortkommens betrachtet werden. Zweitens: *Kulturpessimismus*. Angesichts der Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte hegt ein Teil der Elite eine tiefe Skepsis gegenüber dem *Status quo* der Demokratie, des Liberalismus, des Kapitalismus, des gesellschaftlichen Miteinanders. Die wahrgenommenen Missstände werden als Symptome eines zivilisatorischen Untergangs der Nation oder des „westlichen Abendlandes“ begriffen, der lediglich durch einen radikalen, revolutionären Schritt hin zum Systemwechsel aufzuhalten sei. Drittens: *Ideologie*. Ein Teil der intellektuellen Elite gehörte nie zu den glühenden Demokratinnen und Demokraten und definierte seine politischen Identitäten primär durch alternative Deutungsrahmen: Nationalismus, Monarchismus, Religion, Rasse, Antikommunismus. Die Zustimmung

zur freiheitlichen Demokratie war daher nie bedingungslos. Mit der scheinbar mittelmäßigen Output-Effizienz und Unfähigkeit, sich im globalen Konkurrenzkampf der Regierungssysteme zu behaupten, nehmen auch die Sympathien dieser Gruppe für illiberale und autoritäre Alternativen zu.⁶⁶

Politische Ignoranz

Beim Versuch einer Synthese der genannten Ursachen lässt sich – mit aller gebotenen Vorsicht vor Pauschalisierung – ein zentraler Erklärungsansatz für die Verführungskraft des Autoritarismus identifizieren. Die systemfeindlichen Haltungen sowohl der gesellschaftlichen „Verlierer“ als auch der „Gewinner“ scheinen im Kern in den vielfältigen Schattierungen der negativen Emotionen Unzufriedenheit und Verunsicherung zu liegen. Die autoritären Politikerinnen und Politiker sind darin besonders gewieft, diese Gefühle durch eine Kommunikationsstrategie des emotionalen Aufwühlens und Beruhigens in politisches Kapital umzumünzen. Diese Strategie vollzieht sich in drei wohlbekanntem Schritten: Als erster Schritt werden gesellschaftliche Schieflagen und Bedrohungen konstruiert und/oder übertrieben dargestellt. Als zweiter Schritt werden die Bürgerinnen und Bürger als die „Opfer“ des gesellschaftlichen Verfalls moralisch entlastet und die „wahren Schuldigen“ benannt: nationale und supranationale Eliten, fremde Mächte, Minderheiten, Ausländerinnen und Ausländer. Als letzter Schritt wird ein einfacher Ausweg aus der Krise aufgezeigt: Allein der autoritäre Herrschaftsaspirent verfügt danach über die Kompetenz, Durchsetzungskraft und den Willen, um die „Schuldigen“ ihres Einflusses zu entledigen und das „eigene Volk“ zurück auf den „richtigen Weg“ zu bringen. Ihm allein soll daher ein möglichst umfangreiches politisches Mandat übertragen werden.

Der populistische Anführer steht vor der Herkulesaufgabe, mit seinen komplexitätsreduzierenden Ad-hominem-Botschaften eine hochdiverse Wählerschaft anzusprechen, die sich quer durch soziale Schichten, kulturelle Milieus, Altersgruppen und Bildungsgrade erstreckt. Um dieses Paradox zu lösen, scheint er einen magischen Hut zu besitzen, aus dem er maßgeschneiderte Lösungen für die Sorgen aller Verunsicherten und Enttäuschten ziehen kann: Denjenigen, die der Komplexität der pluralistischen Gesellschaft mit Unbehagen begegnen, stellt er eine staatliche Identitätspolitik in Aussicht, wodurch die kulturelle Einheit und moralische Ordnung wiederhergestellt werden sollen. Für diejenigen, die sich wirtschaftlich abgehängt oder benachteiligt fühlen, wird eine *nation first* orientierte Industrie- und Handelspolitik entwickelt, werden Steuerentlastungen avisiert und der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen angekündigt. Die Demokratiekritikerinnen und -kritiker, die fehlende Verantwortlichkeiten der Politik und Ineffizienz der Institutionen beklagen, werden mit Stärkung plebiszitärer Elemente umworben. Für diejenigen, die sich in ihrer physischen Sicherheit bedroht fühlen, soll ein Law-

and-Order-System etabliert werden. Für die Kulturpessimistinnen und -pessimisten wird das Programm einer konservativen Revolution formuliert, welche die Zustände der idealisierten Vergangenheit zurückholen soll. Für die Opportunistinnen und Opportunisten ist eine Pervertierung des meritokratischen Prinzips im Angebot, wonach bedingungslose Loyalität und nicht eigene Fähigkeit durch Posten, Macht und Geld belohnt wird.

Die vielfältigen und oft widersprüchlichen Botschaften, die an und für sich den gesellschaftlichen Pluralismus abbilden und manichäische Weltbilder sowie einfache Lösungen ad absurdum führen, bilden letztlich die Teile eines übergeordneten Paktangebots des autoritären Populismus an alle: freiwillige Entmündigung durch Aufgabe eines Teils der bürgerlichen Freiheiten und Rechte gegen das Versprechen der emotionalen Entlastung durch Wohlstand, Sicherheit und Ordnung. Somit lässt sich abschließend – neben der Vielfalt der genannten kontext- und fallabhängigen Ursachen – die Quintessenz der autoritären Verführung vielleicht am besten als Metapher festhalten: das verlockende Angebot einer Rückkehr in den kindlichen Zustand des wohlbehüteten selbstzentrierten Glücks in Verantwortungslosigkeit und Unfreiheit. Diese zutiefst menschliche Sehnsucht angesichts der Komplexitäten, Gefahren und Ungerechtigkeiten der Welt hat bereits Fjodor Dostojewski in seiner berühmten Großinquisitor-Parabel treffend beschrieben:

„(Sie) werden (...) sich davon überzeugen, daß sie auch darum nicht frei sein können, weil sie kleinmütig, lasterhaft und nichtig sind und voll von Empörung stecken. (...) Ich sage Dir, es ist die Empörung von Kindern und Schulknaben (...). Wir werden sie davon überzeugen, daß sie nur dann frei sein können, wenn sie sich von ihrer Freiheit zu unseren Gunsten lossagen und uns sich ergeben. (...) Die Menschen selber werden davon überzeugt sein, daß wir recht haben; denn sie werden es nie vergessen, zu welchen Schrecknissen der Knechtschaft und Erniedrigung Deine Freiheit sie geführt hat.“⁶⁷

Der Vertrag zwischen den Regierten und den Regierenden gründet in Autokratien und in den freiheitlichen Demokratien auf einer entgegengesetzten Logik. In autoritären Staaten soll die Bevölkerung die öffentlichen Belange der Staatselite überlassen. Passivität, Konformismus und unkritische Regime-Unterstützung werden durch ein Versprechen von materieller und physischer Sicherheit entlohnt. In einem demokratischen Gemeinwesen sorgen die Bürgerinnen und Bürger für ihr Wohlergehen selbst – durch aktive Teilnahme an der Meinungs- und Willensbildung, durch Kontrolle der Verantwortlichen, durch das Einhalten demokratischer Spielregeln. Somit mag dieser Text mit dem Hinweis auf die aktuell größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung enden: politische Ignoranz. Vielmehr als kritische Haltung entzieht das Desinteresse (eines Teils) der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Angelegenheiten der *Res Publica* dem demokratischen Gemeinwesen seine Lebenskraft, ja gar

seine Existenzgrundlage. Die Alternative zum aktiven bürgerlichen Engagement? Franklin D. Roosevelt hat sie bereits im Schicksalsjahr 1938 klar benannt:

„Wenn die (...) Demokratie aufhört, als lebendige Kraft voranzuschreiten, um Tag und Nacht mit friedlichen Mitteln das Los unserer Bürger zu verbessern, wird Faschismus in unserem Lande an Kraft gewinnen.“⁶⁸

Autor

Dr. Simon Backovsky leitet die Promotions- und Habilitationsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

63 2016 stimmten immerhin 31 Prozent der Deutschen der Aussage zu: „Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht.“ (Pokorny, Sabine 2016: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin).

64 Die Genese und Eigenschaften der „autoritären Persönlichkeit“ wurden treffend durch Heinrich Manns literarische Figur Diederich Heßling (Der Untertan, 1918) karikiert: Durch die drakonische Erziehung des „starken Vaters“ verinnerlichte Heßling die militaristische und obrigkeitshörige Kultur des späten Wilhelminischen Kaiserreichs.

65 Etwa: Corona-Hilfen, die nicht oder zu spät ankommen, Kriminalität in Problemvierteln mit hohem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, Diskriminierungserfahrungen in Schulen mit hohem Migrationsanteil.

66 Diese Geisteshaltung dürfte in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas besonders ausgeprägt sein. In den *Visegrád*-Staaten wird die Strategie der unkritischen Imitierung des Liberalismus längst als gescheitert angesehen. Für die Unterstützer der polnischen und ungarischen Regierungsparteien stellen die offenen Gesellschaften des „Westens“ vielmehr gar das negative Modell, gegen welches die eigenen Vorstellungen einer national-konservativen Gesellschaftsordnung konturiert werden (Holmes, Seven/Krastev, Ivan 2019: Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin).

67 Dostojewski, Fjodor 1880: Der Großinquisitor, in: <https://www.gutenberg.org/files/38336/38336-h/38336-h.htm> [29.06.2022].

68 Zitiert nach: Eco, Umberto 2020: Der ewige Faschismus, München, S. 40.